

Die Antworten der CDU Nordrhein-Westfalen

- 1. Das Gesundheitssystem steht unter massivem Druck, profitorientiert zu wirtschaften. Dies geht nur auf Kosten von Personal, Patient*innen und ihren Angehörigen. Wie stehen Sie grundsätzlich zur Renditeerwirtschaftung im Krankenhaus?**

Ziel eines jeden Krankenhauses muss es sein, die Menschen bei gesundheitlichen Problemen optimal sowohl im stationären als auch im ambulanten Bereich zu versorgen. Dabei muss die medizinische Qualität sich bei ärztlichen und bei der pflegerischen Versorgung widerspiegeln. Jedes Krankenhaus ist aber auch ein Wirtschaftsunternehmen, das u.a. durch Finanzierungsmittel des Landes gefördert wird. Eine Renditeorientierung ist nur dann abzulehnen, wenn sie ausschließlich zu Lasten der im System beschäftigten oder behandelten Personen geht.

- 2. Wie stellen Sie sich die Erarbeitung des Krankenhausplanes NRW vor und wie wollen Sie sicherstellen, dass die Belange aller Beteiligten und Betroffenen berücksichtigt werden?**

Auf der Grundlage eines vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales beauftragten Gutachtens soll die Krankenhausplanung in Nordrhein-Westfalen verändert werden. Die Krankenhäuser sollen sich nach Leistungsbereichen und Leistungsgruppen aufstellen. Damit wird Qualität und Fachlichkeit gebündelt. Diese Umstellung findet mit Einbindung der betroffenen Verbände und vieler Experten statt, um deren Belange möglichst umfassend zu berücksichtigen.

- 3. Wie stehen Sie grundsätzlich zur Übernahme der Investitionskosten durch das Land und welche Maßnahmen planen Sie zum Abbau des Investitionskostenstaus von über 12,5 Mrd?**

Die Investitionskostenförderung für die Krankenhäuser ist 2017 von 500 Mio. auf 760 Mio. € erhöht worden.

In der Coronakrise haben die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen erhebliche zusätzliche Mittel bekommen. Aktuell stehen Mittel von 1 Milliarde Euro zur Ausschüttung an die Krankenhäuser im Rahmen eines Sonderförderprogramms an.

- 4. Wie möchten sie eine barrierefreie, selbsthilfefreundliche und patientenorientierte ärztliche, pflegerische und therapeutische Versorgung im ambulanten und stationären Bereich gewährleisten?**

Die UN-Behindertenrechtskonvention hat die rechtlichen Voraussetzungen für Barrierefreiheit umfänglich festgestellt. In den letzten Jahren hat es bereits auf vielen Ebenen Verbesserungen gegeben. Dieser Weg muss kontinuierlich fortgesetzt werden.

- 5. Der sogenannte „Fachkräftemangel“ ist in aller Munde. Die durchschnittliche Verweildauer von im Beruf nimmt stetig ab, viele Pflegekräfte reduzieren ihre Arbeitszeit wegen unzumutbarer Arbeitsbedingungen. Wie wollen Sie einen Beitrag dazu leisten, das Berufsfeld Pflege wieder attraktiv zu machen?**

Die Landesregierung hat das Gesetz zur Einrichtung einer Pflegekammer auf den Weg gebracht, um die Pflegenden in den politischen Gremien sichtbar zu machen und sie auf Augenhöhe mit anderen Gesundheitsberufen zu bringen. Die Einführung der generalistischen Ausbildung und weitere gesetzliche Regelungen, wie z.B. zu Pflegepersonaluntergrenzen, sind erste Schritte zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe.

6. Seit Jahren fordern Pflegekräfte mit ihrer Gewerkschaft ver.di eine gesetzliche Personalbemessung. In mehreren Bundesländern wurden entsprechende Initiativen organisiert, die allerdings bisher erfolglos geblieben sind. Wie stehen Sie zu dieser Forderung und würden Sie diese unterstützen?

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass eine entsprechende gesetzliche Regelung das System komplett aushebeln kann, was auch zur Aussetzung der bestehenden Pflegepersonaluntergrenzenverordnung geführt hat. Grundsätzlich ist es aber zu begrüßen, dass bestimmte Regelungen für die Personalbemessung bestehen.